

und der Bevölkerung in diesem Verhandlungsprozeß gewährleistet werden? Angesichts der Tatsache, daß Anschubfinanzierungen, Finanzausgleich und Kredite weder vom Himmel fallen noch bedingungslos zur Verfügung gestellt werden, stellt sich die Frage, wie die in der Regierungserklärung formulierten sozialen Sicherungen und politischen Ziele aufrechterhalten werden können.

Wir meinen, daß das Recht auf eine gesunde Umwelt, das Recht auf Wohnung, der Kündigungsschutz für Alleinerziehende oder Geschädigte, die Sicherung einer ausreichenden Zahl von Kinderbetreuungsplätzen und weitere in der Regierungserklärung genannte Notwendigkeiten geschützt werden müssen, damit sie den entstehenden Sachzwängen nicht zum Opfer fallen. Diese Rechte und Sicherheiten dürfen nicht zur Disposition stehen, sie müssen so schnell wie möglich festgeschrieben werden. Und wirksamer als alle Zusagen und Willenserklärungen ist die verfassungsmäßige Festschreibung dessen, was wir zum Leben brauchen.

Leider wird aber eine neue Verfassung von Teilen des Parlaments als eine unzulässige Verzögerung auf dem Weg zur Einheit gesehen. Hier wird deutlich, in welchem engem Zusammenhang die beiden Tagesordnungspunkte der gestrigen Volkskammertagung stehen.

Herr Ministerpräsident, Sie haben davon gesprochen, wie wichtig es ist, zu vermeiden, daß die DDR-Bürger in dem Gefühl leben, zweitklassige Bundesbürger zu sein. Nur, hier geht es nicht um die Vermeidung unangenehmer Gefühle, sondern um Bedingungen, die vermeiden, daß wir zweitklassige Bundesbürger sind.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Diese Zweitklassigkeit droht ja nicht nur angesichts wirtschaftlicher und finanzieller Defizite, sondern weil die Konditionen der Vereinigung uns zu Hinzugekommenen, Aufgenommenen machen. Hier liegt eins von vielen Risiken der Anwendung des Artikels 23.

Für den inneren Frieden des künftigen Deutschlands, der eine wichtige Voraussetzung für die Friedensfähigkeit nach außen bildet, brauchen wir den deutsch-deutschen Annäherungsprozeß in Augenhöhe. Echte Partnerschaft bei ungleichen Verhältnissen ist schwierig, aber machbar. Sie setzt den Willen des Stärkeren zu wirklich partnerschaftlichen Lösungen und den Verzicht auf Machtausübung durch Stärke voraus.

(Beifall vor allem bei PDS und Bündnis 90/Grüne)

Wir möchten von hier aus die Bundesregierung auffordern, im Interesse einer gemeinsamen guten Zukunft die Regierung der DDR als gleichberechtigten Verhandlungspartner ernst zu nehmen.

(Beifall vor allem bei PDS, Bündnis 90/Grüne und SPD)

Im Schulunterricht der Zukunft soll kommenden Generationen die Geschichte der Bundesrepublik und die Geschichte der DDR als eigene Geschichte vermittelt werden. Erst wenn beide als Wurzeln künftiger gemeinsamer Geschichte gesehen werden, erst dann ist Spaltung wirklich überwunden. Die Weichen für dieses spätere Geschichtsbild werden jetzt gestellt.

Nun zu unserem Teil der Geschichte, zur Aufarbeitung der Vergangenheit. Die Art und Weise, in der in der Regierungserklärung davon gesprochen wurde, hebt sich wohlthuend ab vom Text der Koalitionsvereinbarung, der die Verantwortung auf die SED reduziert und als Rezept die Offenlegung der Finanzen fordert. Zu Recht wird die Mitverantwortung der jetzigen großen Regierungspartei genannt, und zu Recht wird jeder einzelne aufgefordert, sich der eigenen Vergangenheit zu stellen. Es ist wahr, wir müssen uns gegenseitig helfen, freie Menschen zu werden, gesellschaftlich erwachsen zu werden, die Mechanismen von Zwang und Druck zu überwinden. Aber wer etwas zu betauern hat, wer Wunden offenlegen und heilen will, braucht Zeit. Und hier deutet sich Widerspruch an, den auch die Regie-

rungerklärung nicht aufzulösen vermag. Hier das vernünftige Maß für die Zeit, die wir brauchen, um uns auf uns selbst zu besinnen, dort die Fast-food-Mentalität, das Ich-will-alles-und-zwar-sofort, eine Haltung, die unter Ausnutzung von Ungeduld und Ausweglosigkeit in den Zeiten des Wahlkampfes in unverantwortlicher Weise gefördert wurde.

(Unmutsäußerungen vor allem bei CDU/DA)

Zur Staatssicherheit. Das Bewußtsein der Tatsache, daß viele der Täter zugleich Opfer waren, fordert Sorgfalt und die Bereitschaft, Menschen eine Chance zum Neuanfang zu geben. Die Verantwortung gegenüber den Opfern fordert aber auch, daß jene, die viele Menschen unglücklich gemacht haben, die verfolgt haben und vertrieben haben, in den Gerichtssaal gehören.

(Beifall)

In der Regierungserklärung heißt es, daß die Tätigkeit der Bürgerkomitees einen rechtsstaatlich verordneten Abschluß finden solle. Dazu ist zu bemerken, daß die Staatssicherheit die Bevölkerung in einem unerhörten Maß kontrolliert hat. Ich meine, daß daraus der Bevölkerung das Recht erwächst, die Auflösung der Staatssicherheit zu kontrollieren.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Grüne)

Dieses Recht wird von den Bürgerkomitees wahrgenommen, die über Sachkenntnis verfügen und unbedingt weiter arbeiten müssen. Die Bürger haben sich am 18. März für eine schnelle Währungsunion, aber nicht für eine schnelle Entmündigung entschieden. Sie haben inzwischen gelernt, sich gegen Entmündigung zu wehren.

(Schwacher Beifall)

Eine dritte Bemerkung zum Thema Staatssicherheit. Es darf nicht nur, wie es in der Regierungserklärung heißt, keine zentrale Stelle geben, die unkontrolliert Informationen über das Privatleben und das Denken der Bürger sammelt. Das Sammeln solcher Daten ist unter allen Umständen unmoralisch und verwerflich, kontrolliert oder nicht!

(Beifall bei PDS, SPD und Bündnis 90/Grüne)

Meine Damen und Herren! Die eng bemessene Zeit zwingt zur Beschränkung auf wenige Themen. Trotzdem oder gerade deswegen möchte ich an dieser Stelle einige Bemerkungen zur Situation der Jugendlichen in der DDR sagen, die meines Erachtens sehr kompliziert ist und zuwenig Beachtung findet. Ich freue mich für meine eigenen Kinder und ihre Altersgefährten, daß sie nicht, wie seinerzeit wir, in einem Alter eingesperrt werden, in dem der Wandertrieb zum elementaren Bedürfnis wird.

(Beifall)

Ich freue mich, daß sie von vielen Zwängen befreit sind, die unsere Generation verdorben haben. Aber das ist nur die eine Seite. In einer Lebensphase, in der Orientierungsmöglichkeiten von besonderer Bedeutung sind, stehen sie insofern vor dem Nichts, als sie für eine Gesellschaft erzogen wurden, die es plötzlich nicht mehr gibt. Hinzu kommen Sorgen um den Arbeitsplatz, um die Ausbildung, Probleme, auf die niemand von ihnen eine Chance hatte, sich vorzubereiten.

Hier genügt nicht offene Jugendarbeit, für die es ohnehin viel zu wenig Ausgebildete gibt. Hier reicht auch nicht die Förderung von Jugendorganisationen und der Erhalt von Freizeiteinrichtungen aus, so wichtig das alles auch ist. Hier ist intensive Arbeit nötig, Beratungsmöglichkeiten und vor allem breite und vielfältige Bildungsangebote, die die Umstellung auf eine veränderte Gesellschaft erleichtern, die Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt ausgleichen und Versagensängste mildern. Das Gefühl, den neuen Herausforderungen nicht gewachsen zu sein, das ich bei vielen Jugendlichen beobachte, kann sie in die gesellschaftlichen Ecken drängen und sie veranlassen, alte Zeiten, in denen sie sicherer gelebt haben, zu glorifizieren. So wie jedes gesellschaftliche Defizit am deutlichsten bei Jugendlichen in Er-